

Was (nicht) trägt – Systemmisstrauen als ideelle Hypothek der Pandemie

von Marie-Luisa Frick

Ein Jahr nach Ausbruch von SARS-CoV-2 beginnen erste Zeitbeobachter in einer neuen historischen Chronologie zu denken: Demnach leben wir in einer „post-pandemischen Ära“ (Zakaria 2020, 3). Abgesehen davon, dass die gegenwärtige Pandemie nicht überall auf diesem Planeten gleich gefühlt bzw. erlitten wird, suggerieren solche Begriffe, dass sich auf das einschneidende Ereignis der Pandemie bereits zurückblicken ließe. Hinter uns liegen aber höchstens der *Ausbruch* der Pandemie und das erste Jahr ihrer Bewältigung. In die Pandemie als sich *vollziehendes Ereignis* bleiben wir unweigerlich involviert. Ein „post-pandemisches“ gesamtgesellschaftliches Bewusstsein ist daher keineswegs schon etabliert, sondern unterliegt einem dynamischen Prozess, der offen ist.

Die Geschichte zeigt, Epidemien haben ein Ende. Die „Spanische Grippe“ etwa ebte nach drei „Wellen“ ab, die Justinianische Pest hingegen währte zweihundert Jahre und brachte es auf 18 Wellen. Über Gesellschaft und Wirtschaft *nach* der Pandemie nachzudenken kann daher, je nach optimistischerer Zugangsweise, einen entsprechend unterschiedlichen Zeithorizont verlangen. Ich beginne diesen Beitrag mit dem Eingeständnis, dass ich nicht weiß, *wann* „nach der Pandemie“ sein wird. Dass ich auch nicht in Anspruch nehme, aus der gegenwärtigen Situation, gleichsam unter der Lupe, etwas herauszu-

lesen, das deutlich genug anzeigt, *was* nach der Pandemie sein wird. Wie menschliche Gesellschaften nach der gegenwärtigen Pandemie sich darstellen werden, hängt von einer nicht vollends durchblickbaren Anzahl an Faktoren und ihrem noch weniger durchsichtigen Zusammenspiel ab – und nicht zuletzt von kollektivem menschlichen Handeln, dem mit Unberechenbarkeit und Neuanfängen immer schon eingeschrieben ist, was wir als Wagnis des Politischen bezeichnen.

In diesem Beitrag bespreche ich lediglich einen solchen Faktor, der jedoch auf mehreren Ebenen des aktuellen Problemfelds bedeutsam ist: das Fehlen bzw. der Verlust von Vertrauen in einzelne Institutionen oder ganze Netzwerke von Institutionen. Letzteres kann als Systemmisstrauen bezeichnet werden und dürfte sich als eine ideelle Hypothek des gegenwärtigen Pandemiegeschehens und -managements erweisen. Ausgehend von dieser Vermutung, werfe ich im Folgenden Schlaglichter auf Ausdrucksweisen und Gründe des Misstrauens in Institutionen bzw. „Systeme“. Ein erster Abschnitt widmet sich der Weltgesundheitsorganisation (WHO) der Vereinten Nationen (VN) sowie der Europäischen Union (EU) als Institutionen intergouvernementaler Koordination: Inwieweit konnten sie die Versprechen, die sie verkörpern, bisher einlösen? Ein zweiter Abschnitt nimmt die liberale Demokratie als Modell in den Blick, das sich sowohl von außen als auch im Inneren unter Druck befindet. Auch ihre „pandemische Fitness“ steht zur Diskussion.

Systemmisstrauen ist nach einem Jahr Pandemie keine Erscheinung, die bloß an politischen Rändern aufweisbar wäre oder lediglich weltanschaulich originellen Minderheiten zuordenbar. Die SARS-CoV-2-Pandemie hat vielmehr dazu beigetragen, dass grundsätzliche (Selbst-)Sicherheiten auch bei denjenigen gelitten haben, die deren Beschädigung nicht dadurch kompensieren, dass sie nach allem greifen, was Kontrolle bietet, und sei es auch nur die Kontrolle über das eigene Gemächsel aus raunenden Mythen und Schuldallokationen. Der Blick auf die Extremformen gegenwärtigen Systemmisstrauens, auf den Disput an der Oberfläche, kann darüber hinwegtäuschen, dass

breite Schichten der Bevölkerung in westlichen Gesellschaften nach dem ersten Pandemiejahr nicht nur „müde“ sind, sondern schlicht entmutigt. Im Schatten der Menschen, die öffentlich versammelt etwas *verlangen*, stehen viele, die nichts mehr *erwarten*. Diejenigen, die unter der Last von Kontrollverlust und Kontingenzerfahrung leise werden, wollen „das System“ nicht stürzen, sie sehen es erschrocken schwanken. Wo andere böartige Absichten zuschreiben, irritiert diese Menschen hingegen das Scheitern selbst bei bestem Wollen. Die Pandemie mache deutlich, so der Soziologe Frank Adloff, „dass bestehende Gewissheiten in einem irrsinnigen Tempo zerrüttet werden können, dass es keine Garantien für Sicherheit gibt“ (2020, 146). Es herrsche die Grundstimmung: „Wir sind nicht mehr die Herren in unserem Haus“ (ebd.).

Dieses subkutane, schleichende Systemmisstrauen könnte fortbestehen, wenn Eruptionen gesellschaftlichen Frusts, wie er sich in Versammlungen von Kritikern der Pandemiepolitiken ausdrückt, längst abgekühlt sind. Es sind diese möglicherweise nachhaltigen Folgen der Pandemie und ihre Grundlagen, die mich hier interessieren.

1. Gesundheitssicherheit in der globalen Risikogesellschaft: Wer schützt (wen)?

In der Pandemie gilt das Diktum Günther Anders': Die Grenze ist „antiquiert“ (1979/2002, 208f.). Damit ist nicht gemeint, dass territoriale Schranken *hinfällig* sind – bei von Menschen übertragenen Krankheiten sind sie das gerade nicht. Antiquiert sind Grenzen dann, wenn Katastrophen eine gemeinsame Betroffenheit erzeugen, der nur *grenzüberschreitend denkend und handelnd* begegnet werden kann. Institutionen, die als Plattformen für eine solche internationale Kooperation fungieren, stehen daher unter besonderem Erfolgsdruck und müssen sich daraufhin befragen lassen, was an ihnen selbst allenfalls antiquiert ist.

Es genügt nicht, gewarnt zu sein

“We are living in a pandemic world that was predicted, but not adequately prepared for. How did we get here?” (Clark/Johnson Sirleaf 2020).⁶ Diese Frage, die so viele umtreibt, richteten zwei Frauen an die Generalversammlung der VN, als diese ihre 31. Sondersitzung zur Covid-19-Pandemie abhielt. Ellen Johnson Sirleaf, Ex-Präsidentin Liberias und Friedensnobelpreisträgerin, und Helen Clark, Ex-Premierministerin Neuseelands und ehemalige Leiterin des Entwicklungsprogramms der VN, leiten *The Independent Panel for Pandemic Preparedness and Response* (IPPPR). Die WHO hat es eingerichtet mit dem Auftrag, zu untersuchen, wie SARS-CoV-2 zu einer Pandemie werden konnte.

Das Auftreten neuer Krankheitserreger war und ist ein systemisches Risiko der menschlichen Zivilisation. Dieses Risiko hat sich mit Auftreten von SARS-CoV-2 in einem Zeitalter realisiert, das sich in kulturell-lebensweltlichen Bedingungen von früheren Abschnitten der Menschheitsgeschichte abhebt: im Zeitalter der „vollen Welt“ – Bevölkerungszuwachs, Urbanisierung, Invasion vormals menschlich unberührter Ökosysteme – sowie der globalisierten Welt – ökumenische Interdependenz, Massenmobilität, Massenkonnektivität. Es ist aber auch ein Zeitalter, in dem es an Warnungen vor der Verletzbarkeit der vollen, globalisierten Welt durch neu auftretende Krankheitserreger nicht gefehlt hat. Das *Global Preparedness Monitoring Board* der WHO und der Weltbank hatte 2019 in seinem “Annual report on global preparedness for health emergencies” einen „Kreislauf aus Panik und Nachlässigkeit“ der internationalen Gemeinschaft im Umgang mit Pandemien kritisiert: “[W]e ramp up efforts when there is a serious threat, then quickly forget about them when the threat sub-

6 „Wir leben in einer pandemischen Welt, die vorhergesagt wurde, auf die man aber nicht angemessen vorbereitet war. Wie sind wir hierher gekommen?“ (Übersetzt durch die Autorin).

sides” (2019, 6).⁷ Es bestehe die „akute Gefahr verheerender regionaler oder globaler Krankheitsepidemien oder Pandemien, die nicht nur Menschenleben fordern, sondern auch Volkswirtschaften zum Erliegen bringen und soziales Chaos verursachen“ (ebd., 11).

Ebenso wenig fehlte es an gezielter, internationaler Forschung zur Identifizierung potenziell pandemischer Pathogene, insbesondere von Zoonosen. Das seit dem Ausbruch der Pandemie im Interesse der Öffentlichkeit stehende *Wuhan Institute of Virology* (WIV) der Chinesischen Akademie der Wissenschaften setzte – nicht zuletzt aufgrund der „Warnung“ in Form von SARS-1 – einen Schwerpunkt darauf, Erreger zu sammeln und daraufhin zu beforschen, welche Gefahren von ihnen ausgehen könnten, allen voran von Fledermaus-SARS-Coronaviren. International unterstützt konnte das WIV 2015 Chinas erstes Biogefahren-Labor der höchsten Stufe (BSL 4) errichten, das inzwischen die größte Virusdatenbank Asiens beherbergt. Es ist – wenn man Indizien für einen Laborzwischenfall vorläufig außer Acht lassen möchte (vgl. Segreto/Deigin 2021) – bittere Ironie, dass der erste große Ausbruch von SARS-CoV-2 just in Wuhan sich ereignete.

Weltgesundheits in besten Händen?

China wurde von der WHO zu Beginn des Ausbruches ausdrücklich und wiederholt gelobt: für seine entschiedene Reaktion und Eindämmungsmaßnahmen, seine Transparenz und Kooperationsbereitschaft. Rasch kam es zu einer Politisierung der Arbeit der WHO, allen voran durch den damaligen US-Präsidenten Donald Trump. Er unterstellte ihr „China-Freundlichkeit“, nachdem die WHO das von den USA erlassene Landeverbot für Passagiermaschinen aus China als Maßnahme kritisiert hatte, die unnötig internationalen Verkehr und Han-

⁷ „[W]ir verstärken unsere Bemühungen, wenn es eine ernsthafte Bedrohung gibt, und vergessen sie dann rasch wieder, wenn die Bedrohung nachlässt.“ (Übersetzt durch die Autorin).

del störe. Der Konflikt eskalierte, als die USA im Juli 2020 der WHO ihre Austrittserklärung übermittelten.

Der Verzicht, zur Eindämmung der Virusverbreitung globale Mobilitätseinschränkungen zu empfehlen, ist ein Aspekt der Rolle der WHO in dieser Pandemie, der in der Tat Fragen aufwirft. Das IPPPR, das im Mai 2021 seinen Abschlussbericht zu institutionellen Versäumnissen zu Pandemiebeginn vorlegen wird, verstärkt mit seinem zweiten Zwischenbericht (2020) den Eindruck, dass die WHO nur bedingt fähig ist, für die Gesundheitssicherheit der globalen Risikogesellschaft Sorge zu tragen: Die WHO könne Berichte über Seuchenausbrüche pandemischen Potenzials nicht wirklich überprüfen und sei zu schwach, um ausreichend Kooperationsbereitschaft auf Seiten der Staaten sicherzustellen (2020, 7). Schlimmer noch, die WHO habe das Vorsichtsprinzip vermissen lassen, entscheidende (Übertragungs-)Eigenschaften des Virus zu spät anerkannt und so eine rechtzeitige Eindämmung verhindert (2020, 15f.). Zudem fehlte ihrer öffentlichen Kommunikation eine konsistente Linie, die es Staaten ermöglicht hätte, gezielt zu reagieren, etwa durch Reisebeschränkungen oder breiten Einsatz von Schutzmasken (2020, 18).

Es wäre zu kurz gedacht, mögliche Fehler – die von Urteilsfehlern zahlreicher nationaler Regierungen zu Pandemiebeginn übertroffen werden (vgl. Horton 2020; Mukerji/Mannino 2020) – allein auf eine Parteilichkeit der WHO bzw. die Biografie ihres Direktors zurückzuführen. Ein grundlegendes Problem scheint darin zu bestehen, dass Gesundheitssicherheit als Auftrag der WHO von ihr im Kontext von Neben- oder Überzielen interpretiert wird, allen voran der Zielsetzung der VN: Weltfrieden und internationale Sicherheit wahren, freundliche Beziehungen zwischen Staaten sichern und internationale Zusammenarbeit fördern. Dass es zwischen diesen Zielen und der globalen Gesundheitssicherheit Überschneidungen gibt, liegt auf der Hand. Schuldzuweisungen, die zu internationalen Konflikten führen, zwischenstaatliche Ressourcenkonkurrenz bei Schutzmaterial oder Arzneimitteln, Wirtschaftskrisen und Armut, Staatszerfall: Pande-

mien sind ein internationales Sicherheitsproblem ersten Ranges. Und weil es diese Zwecküberschneidungen – Gesundheitssicherheit *und* internationale Sicherheit und Frieden – gibt, sind auch Spannungen zwischen diesen Zielen möglich: Was, wenn öffentlich kommunizierte Gesundheitsgefahren zu sozialen Unruhen führen könnten? Wenn Maßnahme-Empfehlungen zu Verknappung medizinischer Güter beitragen oder Animositäten zwischen Staaten befeuern könnten?

Erst ein halbes Jahr nach Ausbruch der Pandemie hat die WHO der breiteren Weltbevölkerung Schutzmasken angeraten. Zuvor hatten 239 Wissenschaftler in einem offenen Brief aufgerufen, sich nicht länger vor Evidenzen zu verschließen, dass SARS-CoV-2 durch Aerosole übertragen werde. Was der globale Gesundheitsschutz unmittelbar verlangt hätte, wurde von der WHO nach einer Risikoabschätzung im Rahmen breiter gefasster Hintergrundziele offenbar in paternalistischer Manier unterlassen, wie Don Milton, ein Mitunterzeichner des Artikels, kritisierte: “‘We’re not going to say what we really think, because we think you can’t deal with it?’ I don’t think that’s right”⁸ (zit. nach Mandavilli 2020).

Einer Weltgesundheitsorganisation, die nicht transparent macht, welche Ziele sie bei welcher (nicht erlassenen) Empfehlung jeweils genau zugrunde legt, wird es schwer haben, das Vertrauen derjenigen zu erhalten, die im Kampf gegen die Pandemie letztlich die Hauptrolle spielen: die Einwohner der globalen Risikogesellschaft. Es mag für den Einzelnen nachvollziehbar sein, dass die WHO zögert, zum universalen Einsatz von Gesichtsmasken zu raten, wenn Materialverknappung beim Gesundheitspersonal droht. Wenn der Preis für den Einzelnen aber ist, über Infektionsrisiken und -präventionsmöglichkeiten *getäuscht* zu werden, wird mit dem Verständnis auch rasch das Vertrauen sinken.

8 „Wir werden nicht sagen, was wir wirklich denken, weil wir denken, dass Sie nicht damit umgehen können?“ Ich glaube nicht, dass das richtig ist.“ (Übersetzung durch die Autorin).

Mindestens zwei Chancen bieten sich der WHO, Terrain gutzumachen: Das ist zum einen der anstehende Abschlussbericht des IPPPR, der bisherige Kritik an ihr untermauern dürfte. Welche *konkreten* Lehren werden daraus gezogen? Zum anderen erwarten sich Menschen in allen Teilen der Welt, im Zuge der Impfkampagnen bestmöglich aufgeklärt zu werden, um informiert in Schutzimpfungen einwilligen zu können. Die WHO steht vor der schwierigen, aber für ihre Vertrauenswürdigkeit in Augen der Weltöffentlichkeit entscheidenden Aufgabe, klar zu kommunizieren, in welchen Einschätzungen sie *individuelle* Gesundheitskrisen – etwa durch Impfstoffe mit vergleichsweise geringerer Wirksamkeit oder mit schlechter ausgeleuchteten Risikoprofilen – *global-utilitaristischen* Motiven unterordnet.

Eine andere Gelegenheit, Vertrauen zu bilden, hat die WHO indes bisher ungenutzt gelassen: die WHO-Untersuchung der Ursprünge dieses Virus nicht gänzlich unter „chinesischen Bedingungen“ durchzuführen und sicherzustellen, dass keines der Mitglieder der damit beauftragten Kommission befangen ist (vgl. The Washington Post Sunday 2021). Noch immer scheint die Devise zu lauten: Was nützt die Wahrheit, wenn sie vielleicht schadet?

Das „gemeinsame Haus Europa“ – ein Seuchenhaus

Die Region Europa war früh vom Ausbruch in Hubei betroffen, allen voran in Mittelitalien konnte sich das Virus lange ungestört verbreiten. Von dort aus, so zeigen es phylogenetische Rückblenden, wurde es über ganz Europa verteilt und weltweit exportiert, allen voran nach Nord- und Südamerika. Richard Horton, Chefredakteur der medizinischen Fachzeitschrift *The Lancet*, hat recht, wenn er mit Blick auf das ursprüngliche Ausbruchsgeschehen fordert: “The Chinese government owes to the world a more detailed explanation of what took place in

Wuhan” (2020, 20).⁹ Genauso gut könnte man aber auch der EU die Frage stellen: Wo war sie eigentlich? Koordinierte Seuchenabwehr, sichtbare Führung und Einbeziehung des eigenen *Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten* (ECDC), gesamteuropäische Mobilisierung medizinischen Personals für die Katastrophenzonen Lombardei etc.: Die EU hätte glänzen können. War es eine Krise zu viel? Erinnern wir uns: Zu Beginn der Pandemie nimmt eine neue Kommission gerade die Arbeit auf, die USA und der Iran sind auf Kriegskurs, der „Brexit“ ist das alles bestimmende Thema und die Türkei sammelt an der Grenze zu Griechenland Menschen an, die diese mit Gewalt überwinden wollen. Auch wenn nach institutioneller Aufgabenteilung Gesundheitsmaterien in der Verantwortung der Mitgliedsstaaten liegen: Ein Urteilsfehler der handelnden Akteure war, SARS-CoV-2 als primäres Gesundheitsproblem zu sehen und nicht als einen europäischen Jahrhundert-Katastrophenfall. Der „European way of life“, den Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen gerne beschwört, liegt nach einem Jahr Pandemie darnieder. Die Tourismuswirtschaft ist um Jahrzehnte zurückgefallen, die Kulturwirtschaft liegt am Boden, die Staatsschulden bewegen sich in Rekordhöhe, die Arbeitslosenzahlen ebenso, ganze Berufsgruppen sind ausgebrannt, soziale Depression statt europäischer Geselligkeit, wohin man blickt. Und über allem stehen die direkten Opfer der Pandemie: Eine Million Tote verzeichnet die EU plus Vereinigtes Königreich (UK) (Stand April 2021).

Angesichts des Zustandes, in dem sich die Staaten der EU im zweiten Pandemiejahr wiederfinden, wissen viele Europäer nicht recht, sollen sie einander „Lang lebe Europa!“ oder „Möge Europa wiederaufstehen!“ wünschen. Für andere, die der europäischen Idee seit jeher misstrauen, ist die Schwäche der Union Wasser auf Propagandamühlen: „Wer braucht *diese* EU?“ Anhänger vertiefender Integra-

9 „Die chinesische Regierung schuldet der Welt eine detailliertere Erklärung dessen, was in Wuhan geschah.“ (Übersetzung durch die Autorin).

tion der nunmehr 27 Unionsmitglieder werden es auf absehbare Zeit schwer haben, diese Frage mit *konkreten* Argumenten statt Deklationen abstrakter und reichlich lädierter Werte wie „Solidarität“ zu erwidern. Sie mögen auf das gigantische europäische Wirtschaftsrettungspakt verweisen oder auch hervorheben, dass die EU führend dabei war, zusammen mit der WHO eine globale Impfallianz zu schmieden, die Staaten des globalen Südens über die Organisation COVAX Zugang zu Covid-Impfungen zumindest für medizinisches Personal ermöglicht. Die Skepsis dürfte dennoch wachsen, nicht zuletzt aufgrund des Rückstandes der EU im globalen „Impfrennen“, der durch alternative Fortschritte nicht kaschierbar ist: So wurden in der EU bis Mitte Februar 2021 etwa drei Prozent der Bevölkerung geimpft, während der „sanfte Systemkonkurrent“ USA das Fünffache schaffte, das ausgetretene Vereinigte Königreich das Siebenfache. Wenn „europäische Lösungen“ solche Erfolge zeitigen, darf man sich nicht wundern, wenn sich Systemmisstrauen vertieft und auch jene erfasst, die in der *Idee* einer EU die einzige Hoffnung sehen, eine Epidemie auf dem Kontinent ansatzweise zu bewältigen. Von verbranntem „Wohlfühlen“ und spürbarem „Machtverlust“ spricht der Europarechtler Frank Schorkopf (2021), ein „institutioneller Inflexibilität“ geschuldetes „Debakel“ nennt es Hans-Werner Sinn (2021).

Die Verantwortung beschwören, die eigene „Position der Stärke [zu] nutzen, um andere zu unterstützen“, wie EU-Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides (2021), kann nur, wer wirklich über solche Stärke verfügt. Und nur eine *verzweifelt schwache* EU konnte Mittel ergreifen oder zumindest andenken wie „Exportkontrollen“ für Impfstoffe oder das Antasten des „Brexit“-Nordirland-Protokolls. Eine schwache EU hat es nicht nur schwer, sich vor den eigenen Bürgern zu legitimieren, da, wie bereits Hermann Lübke früh erkannte, ein Bewusstsein europäischer Einheit „sich über die pragmatische Evidenz der Lebensvorteile der künftigen Europäischen Union oder gar nicht bilden“ wird (1994, 115). Eine schwache EU ist auch eine schlechte Nachricht für Staaten, die sich auf sie verlassen. Kanada etwa

hat – aufgrund ähnlicher Infrastrukturdefizite und Fehlentscheidungen – noch weniger Menschen als die EU gegen Covid-19 geimpft. Es vertraut nicht mehr darauf, seine bestellten und in Europa hergestellten Impfstoffe zu erhalten, seit die EU Ausfuhren als Druckmittel gegen Herstellerfirmen entdeckt hat. So ist Kanada nun das einzige der G-7-Länder, das bei COVAX Hilfe sucht – Impfstoffe für den „guten Zweck“ hält die EU nämlich nicht zurück.

2. Liberale Demokratie im Ausnahmezustand

Eine Pandemie bringt es mit sich, dass man sich vergleichenden Blickwinkeln nicht entziehen kann: Länderstatistiken, Rückschlägen und Fortschritten in bestimmten Regionen, unterschiedlichen Strategien von Staaten. Sie alle sind tägliches Diskussionsmaterial überall auf diesem Planeten. Im Unterschied zu früheren Pandemien ist es heute großen Teilen der Weltbevölkerung möglich, von jedem Punkt der Erde aus in Echtzeit Informationen zu senden bzw. empfangen – in offenen Gesellschaften zudem weitgehend unkontrolliert. Die gegenwärtige Pandemie findet *weltöffentlich* statt. In Zeiten existenzieller Risiken und Systemdrucks evozieren deskriptive Vergleiche immer auch werthafte Einschätzungen: Wer macht es „besser“ und warum? In welchem Land würde man die Pandemie lieber verbringen wollen, etwa weil man sozial abgesicherter ist oder besser medizinisch versorgt?

Widerspenstiges Volk von Egoisten? Die liberale Demokratie im Systemvergleich

Man tut gut daran, in diesem Zusammenhang auch einer Entwicklung ins Auge zu blicken, die sich abzeichnet seit dem Ende der Hoffnung auf ein „Ende der Geschichte“, das heißt auf eine dauerhaft gesicherte Vormacht der freien Welt als Gewinnerin des Systemwettlaufs im „Kal-

ten Krieg“. Die globale Systemkonkurrenz, in der sich das Modell liberaler Demokratie heute befindet, ist eine doppelte: Mit dem „Modell Europa“ und dem „Modell USA“ präsentieren sich zwei verschiedene Versionen desselben Ideals. Unterschiedliche Akzentuierungen kommunitaristischer bzw. libertärer Tendenzen haben zu einer „Systemkonkurrenz light“ geführt. Beide aber stehen sie in fundamentaler Konkurrenz zu autoritären bzw. totalitären politischen Modellen. Während der Konflikt zwischen „dem Westen“ und islamischem Extremismus seit Langem in politischen Diskursen präsent ist, scheint erst die Pandemie die Aufmerksamkeit auf den Wettstreit zwischen westlichen Staaten und China zu lenken. Die dort ausgehende Pandemie wirkt wie ein Katalysator für die seit Jahren von Intellektuellen geführten Debatten um systemische Schwachstellen der liberalen Demokratie („Gemeinwohldefizit“, „Populismusgefahr“, „Wehrlosigkeit“, „Scheindemokratie“ und viele mehr).

Durch den pandemisch erzwungenen, systemvergleichenden Blick erfährt der selbstkritische Diskurs westlicher Gesellschaften eine globale Erweiterung und konzeptionelle Vertiefung. Wenn im Leitartikel eines medizinischen Fachjournals gefordert wird, Demokratien auf Pandemien vorzubereiten, erkennt man, wie weit sich dieser Diskurs zu einer breiten Besorgnis entwickelt hat: Demokratien seien zu langsam, geschwächt durch Selbstverpflichtungen, zu kurzfristig. Die wichtigsten Lehren aus der Pandemie, schreiben Thomas J. Bollyky und Ilona Kickbusch im *British Medical Journal*, beziehen sich nicht auf das Virus selbst, sondern darauf, was es uns über die politischen Systeme gezeigt hat, die auf das Virus reagieren (2020, 2; vgl. auch Bai 2020). Dazu noch Bilder aus China, wo Menschen scheinbar (vorübergehend) unbeschwert leben, während Europa sein Lebens-tempo schmerzhaft an die vermeintlich unkontrollierbare Ausbreitung der Seuche anpassen und herabfahren muss, und schon ertappen sich auch Durchschnittsbürger bei der Frage: „Wieso können die, was uns nicht gelingt?“ Die übliche Replik „Weil China keine Demokratie ist“ macht das Unbehagen nicht geringer: Was ist die libera-

le Demokratie wert, wenn sie in Krisenzeiten scheinbar im Nachteil ist? Zwei Anstöße des Misstrauens lassen sich im zweiten Pandemie-Jahr unterscheiden. Das sind zum einen Zweifel an der Handlungsfähigkeit von Demokratien unter Krisenstress: Können ihre deliberativ-diskursiven wie auch konfrontativen Verfahrenslogiken *rechtzeitig* Entscheidungen generieren? Reicht die Urteilkraft der Bürger bzw. Politiker, um in wissenschaftlich voraussetzungsreichen Fragen *klug* zu entscheiden, oder bräuchte es eine (kurzzeitige) Herrschaft von Experten? Zum anderen handelt es sich um Bedenken, inwieweit sich liberale Demokratien gegenüber autoritären Anwandlungen als immun erweisen: Wie können sie sich in der Krise vor populistischen Verführungen schützen? Kann es einen liberal-demokratischen Ausnahmezustand überhaupt geben? Behindern Grundrechte den öffentlichen Gesundheitsschutz?

In der Überlegenheitspropaganda von Chinas Führung, sei sie subtil („Wuhan macht Party!“) oder aggressiv („Der Westen ist an der Pandemie gescheitert“), wird der systemvergleichende Blick zudem gespiegelt. Was Theoretikern internationaler Beziehungen, Sinologen oder auch Kennern zeitgenössischer chinesischer politischer Philosophie klar gewesen sein mag, wird gegenwärtig einer breiteren Öffentlichkeit zu Bewusstsein gebracht, nämlich dass dieser systemvergleichende Blick zum ideologischen Motor des chinesischen Projekts gehört. Chinas Modell wäre der konfliktzerfressenen westlichen Demokratie und ihrer individualistischen Freiheitsversessenheit überlegen, tönt es aus staatsideologischen Traktaten. China werde daher als Gewinner des Systemwettbewerbs hervorgehen, wenn es nur klug ist. Dann werde die Welt erlöst durch eine wahrhaft inklusive Ordnung im Zeichen des himmlischen Mandats einer Tausende Jahre alten Zivilisation, der jener Stellenwert zusteht, den der Westen nur durch Gewalt erlangt habe (vgl. etwa Zhao 2005/2020; Wang 2019). China ist eine Ein-Parteien-Diktatur und doch ist seine politische Führung streng darauf bedacht, durch implizite Zustimmung des Volkes bzw. soziale Stabilität nach innen legitimiert zu sein. Je

abschreckender sich real existierende liberale Demokratien als „chaotische Gesellschaften“ darstellen (lassen), desto stärker darf sich Chinas Führung fühlen.

Das kritische Potenzial der Krise

Wie sollen prinzipielle Befürworter des liberal-demokratischen Modells mit dem Misstrauen umgehen – dem eigenen und dem anderer –, dieses trage in Krisenzeiten nicht? Der erste Schritt sollte sein: dieses Misstrauen nicht zusätzlich von „Feindpropaganda“ nähren zu lassen. Man mache sich bewusst, dass die Scheidelinie zwischen weniger im Pandemiemanagement erfolgreichen und eher darin erfolgreichen Gesellschaften nicht anhand der Kriterien „demokratisch“ und „nicht demokratisch“ zu ziehen ist. So betonen Jürgen Gerhards und Michael Zürn in einem Beitrag zur Frage, wo liberale Demokratien im Systemvergleich mit China derzeit stehen: „Der Einwand, dass nur autoritäre Regime in der Lage sind, durch Überwachung der Bürger und Zwangsmaßnahmen die Pandemie effektiv zu begrenzen, greift zu kurz, da auch Länder wie Japan, Taiwan, Neuseeland oder Südkorea die Ausbreitung des Virus sehr gut im Griff haben“ (2021).

Dieses freilich defensive Argument lässt sich durch ein offensiveres ergänzen: Nur in freiheitlichen Demokratien darf man die „Systemfrage“ überhaupt ernsthaft stellen, Misstrauen in das liberal demokratische Modell ist daher immer schon ein Privileg unserer Freiheit. Auch ist es alles andere als nebensächlich, dass die Pandemie von einem Land ausging, in dem erste Informationen über das Auftreten einer neuen Krankheit massiv unterdrückt und „Whistleblower“ verfolgt wurden, sowohl bei SARS-1 (vgl. Snowden 2019/2020, 472f.) als auch SARS-CoV-2 (vgl. Brown/Wang 2020). Wie bei Tschernobyl hat auch in diesem globalen Katastrophenfall die systematische Abwesenheit der Bedingungen freier Kommunikation, kritischer Medien und unabhängiger Wissenschaft der Welt gerade nicht die Überlegen-

heit von Konkurrenzmodellen zur liberalen Demokratie vor Augen geführt, sondern vielmehr den Wert struktureller „Sicherungssysteme“ in offenen Gesellschaften.

Dennoch sollten Anhänger der liberalen Demokratie nicht der apologetischen Autosuggestion anheimfallen, ihr System sei unübertroffen überlegen und Zweifel an seiner Krisenfunktionalität daher zu verschweigen. Ein *ehrliches* Bild der liberalen Demokratie im Pandemiestress ist gefragt, weder ein überbelichtetes noch ein verdunkeltes. Kritik ist dabei die wesentliche Methode, in ihrem Doppelsinn von Unterscheiden und Prüfen. Das beginnt mit einer konzeptionellen Klärung: Was ist liberal an der liberalen Demokratie, was an ihr demokratisch? Was wäre also der gleichsam unverhandelbare Kern dieses Modells und in weiterer Folge: Welche Nachteile sind *notwendig* mit liberalen Demokratien verbunden und welche nicht?

Der materiale Kern der Demokratie, die Volkssouveränität, ist für eine Vielzahl demokratischer Verfahren offen. Welche tragen in der Krise? Im März 2020 hatte der Deutsche Ethikrat ermahnt: „Die aktuell zu klärenden Fragen berühren die gesamte Gesellschaft; sie dürfen nicht an einzelne Personen oder Institutionen delegiert werden“ (2020, 7). Die Corona-Krise sei die Stunde der demokratisch legitimierten Politik. Für Deutschland beschreibt Christoph Möllers die Situation zu Beginn der Krise nüchtern: „Die Regierungschefs von Bund und Ländern berieten unter Ausschluss der Öffentlichkeit, Entscheidungen wurden dann in Form von Verordnungen gebracht, verkündet und in Pressekonferenzen erläutert. [...] Was diskutiert wurde, blieb Gegenstand von Spekulationen. Das Gesetzgebungsverfahren fiel aus, die Parlamente zogen sich zurück“ (2020, 272f.).

Demokratische Meinungsbildungsverfahren stellen unter dem Druck der Krise eine Herausforderung dar, da sie auf breite Deliberation und kontroversielle Debatten angewiesen sind, was Zeit kostet bzw. Geschlossenheit erschwert. Doch wer sagt, dass Demokratien nicht diskursiv und allen voran legislativ auf konkrete Katastrophenrisiken antizipativ reagieren können? Was hindert demokratische

Gemeinwesen daran, sich vorab auf verbindliche Pandemiepläne zu verständigen, die präzise Bedingungen festlegen, was jeweils von wem zu tun ist, wenn Fall X eintritt? Sich vorab festzulegen, einen neuartigen Krankheitserreger mit den befürchteten Eigenschaften X, Y, Z zunächst *immer* ausmerzen zu wollen, bevor man sich Zeit verschafft, Alternativen zu diskutieren? Dass nun, über ein Jahr nach Ausbruch der Pandemie, Initiativen ein „Zero Covid“-Ziel propagieren, kommt genau ein Jahr zu spät. Viel zu lange haben westliche Demokratien nur über die Mittel der Pandemiebekämpfung diskutiert und vergessen, dass zwar nicht der Zweck *jedes* Mittel heiligt, aber auch kein Mittel *ohne* Zweck gerechtfertigt werden kann. Wenn demokratische Meinungsbildung mit Krisenprozessen nicht Schritt halten kann, muss sie „auf Vorrat“ betrieben werden. Ob und wie das gelingen wird, ist offen. Wir sollten dennoch jetzt anfangen darüber nachzudenken, nicht erst „nach“ der Pandemie.

In einer freien Gesellschaft mag es, so drückte es Sidney Hook aus, gemeinsame Interessen geben, aber die Vorstellungen vom gemeinsamen Interesse sind niemals bei allen dieselben (1949/1966, 288). Wie geht die liberale Demokratie mit politischem Widerstreit in der Pandemie um? Mitunter bieten sich irritierende Bilder: „Maskenverweigerer“, die persönliches Wohlbefinden von kollektiven Stabilitätszielen in solch einer libertären Manier entkoppeln wollen, als lebten sie alleine auf einer Farm im Niemandsland. Aber auch pauschale Verunglimpfungen politischer Opposition („Coronaleugner“) haben dazu beigetragen, dass Kritik an politischen Entscheidungen in Verdacht gerät, als solche schon systemfeindlich zu sein. Wenn demokratische Minderheitsrechte wie Versammlungs- und Meinungsäußerungsfreiheit in Frage gestellt werden, sobald sie von „den Falschen“ ausgeübt werden, ist die Demokratie nicht weniger gefährdet als durch „Selbstausschaltung“ von Parlamenten, wie vorübergehend in Ungarn.

Wie wichtig demokratische Meinungsbildungsprozesse zu grundsätzlichen Problemen gelöst vom politischen Tagesgeschehen sind,

zeigt somit auch das Verhältnis des „liberal“ zur „Demokratie“. Darf eine liberale Demokratie Grundrechte einschränken, unter welchen Bedingungen, zu welchen Zielen? Ein demokratisches Gemeinwesen, das sich erst durch eine Pandemie zu Fragen der Vereinbarkeit von kollektiven Zielsetzungen und individuellen Rechten oder nach der Hierarchie von Grundrechten angestoßen sieht, hat etwas versäumt: allen voran die rechtsphilosophischen und polittheoretischen Debatten, die aus der Spannung zwischen *individueller persönlicher* Freiheit und *kollektiver politischer* Freiheit seit jeher erwachsen, breit gesellschaftlich zu rezipieren. Es sollte Anhänger der liberalen Demokratie beunruhigen, wenn Mitbürger vermuten, Einschränkungen von Rechten wären per se diktatorisch, so als seien Grundrechte nicht immer schon Abwägungen unterworfen. Anstatt auf den Ausnahmezustand wie auf die Schlange im liberal-demokratischen Garten Eden zu starren, sollten demokratische Gemeinwesen auch hier vorbauend staatsphilosophisch werden und ihre Verfassungen reflektieren. Nicht weil sie müssen, sondern gerade weil sie dürfen.

Eine ungeklärte Beziehung: Bürger und Experten

Demonstranten, die Virologen zu Verbrechern stempeln, die vor Gericht gestellt gehörten; Hassergüsse über Epidemiologen im Internet; gefährliche Drohungen gegen Personen, die in Pandemiediskursen gemeinhin als „Experten“ betitelt werden: Das ist die Spitze eines Eisberges. Es sind Kampagnen gegen „herrschendes Wissen“, wie sie weltweit immer wieder auftreten – vom „AIDS denialism“ in Südafrika um die Jahrtausendwende bis zur Agitation kategorischer Impfgegner in entwickelten Gesellschaften. Viele blicken zu Recht mit Sorge auf diese Feindseligkeit gegenüber etabliertem Wissen. Vor vier Jahren bereits fürchtete Tom Nichols „den Tod des Ideals von Expertise“ (2017, 3). An dessen Stelle trete „ein Google-getriebener, Wikipedia-

basierter, Blog-getränkter Zusammenbruch jeglicher Trennung zwischen Fachleuten und Laien“ (ebd.).¹⁰

Die gegenwärtige Pandemie zwingt dazu, diese Einschätzung zu präzisieren, und verweist damit auf die Unterseite dieses „Eisberges“, die für den Stellenwert wissenschaftlicher Autorität in demokratischen Gemeinwesen nachhaltig bedrohlich sein könnte: Viele haben nicht den Eindruck, dass das Ideal der Expertise stirbt, weil zu viele sich von „echten Experten“ abwenden, sondern weil zu viele „echte Experten“ die Bevölkerung mit inkonsistenten Botschaften und widersprüchlichen Ergebnissen verunsichern (Stichwort „Wirrologen“). „Wir würden uns gerne an die Experten wenden“, schrieb der Schriftsteller und Physiker Paolo Giordana während der ersten „Welle“, „aber wir sehen sie schwanken“ (2020, 72; vgl. auch Mukerji/Mannino 2020, 52ff.). Andere wiederum befürchten gar nicht, dass das Ideal der *Expertise* Schaden nimmt, sondern vielmehr das Ideal der *Demokratie*: Haben „Experten“ mehr Macht, als ihnen gemäß dem Prinzip der gleichen Volkssouveränität der Mitglieder eines demokratischen Gemeinwesens zusteht? Stehen sie gar über der Politik (Stichwort „Gesundheitsdiktatur“)?

Diese beiden Quellen gegenwärtigen breiten Unbehagens erfordern, grundsätzlich über das Verhältnis vom „System Wissenschaft“ und dem „System Demokratie“ nachzudenken und kritisch darauf zu blicken, welche Faktoren Vertrauensverluste auf Seiten wissenschaftlicher Expertise begünstigen. Da sind zum einen Rollenverständnisse, die Wissenschaftler sich zuschreiben (lassen): Die Wissenschaft geht der Gesellschaft voran, muss aufrütteln, engagiert sein, damit Bürger auf „die Wissenschaft“ hören. Solche Wissenschaftsverständnisse mussten in der Pandemie unweigerlich Misstrauen produzieren: Zum einen da der gesellschaftliche Führungsanspruch engagierter Wissenschaft anschlussfähig ist an Skepsis hinsichtlich der Kompetenz des *Demos*. Politische Erfolge populistischer Bewegungen haben in den

¹⁰ Übersetzung durch die Autorin.

vergangenen Jahren Plädoyers für eine „Epistokratie“ inspiriert, eine Herrschaft der Wissenden (vgl. Brennan 2017). Auch in der gegenwärtigen Krise mehren sich Stimmen, wonach „eine informierte Technokratie Freiheit sichern könnte“ (Möllers 2020, 273). Viele Bürger sehen solche Ansinnen jedoch als antidemokratischen „Übergriff“ der Eliten. Zum anderen haben öffentliche Einlassungen von Experten zu SARS-CoV-2 demonstriert, dass es *die* Wissenschaft nicht gibt, sondern eine Vielzahl von Disziplinen, Methodenstreitigkeiten, individuellen Forscherpersönlichkeiten. Was bedeutet es dann aber, „auf die Wissenschaft zu hören“?

Die Last dieser Frage kann nicht allein den Laien zugemutet werden – etwa in Form von Bildungsbedarf in Wissenschaftstheorie und -geschichte. Auch Experten selbst stehen ebenso wie Politiker und Medien in der Verantwortung, Vertrauen zu bilden. Vorschläge dazu werden bereits gereicht, etwa der Einsatz von Deliberationsforen, wo Wissenschaftler mit Bürgern auf Augenhöhe diskutieren (vgl. Pearse 2020). Dies kann aber nur dann ein fruchtbarer Dialog sein, darauf weist der Demokratietheoretiker Harry Pearse selbst hin, wenn klar gestellt wird, was Wissenschaft für die Bewältigung der Pandemie leisten kann und was nicht. Es ist offenbar nötig, an Grundsätzliches zu erinnern: Mit Max Weber gesprochen kann „es niemals Aufgabe einer Erfahrungswissenschaft sein [...], bindende Normen und Ideale zu ermitteln, um daraus für die Praxis Rezepte abzuleiten“ (1904/1988, 149). Und mit Hans Kelsen lässt sich folgern, „daß in einem [demokratischen] politischen System *die Rolle des Fachmannes immer nur eine sekundäre* sein kann“ (1932/2006, 235). Moderne Wissenschaft zielt auf Lebenserleichterung durch Weltbeherrschung qua Weltverständnis. Sie hat daher Werte immer schon als ihre Voraussetzung, inhärent epistemische (wie „Wahrheit“) ebenso wie von der Gesellschaft ihr unterstellte bzw. vorgegebene. Was wissenschaftliche Methoden jedoch nicht können, ist, aus Tatsachenurteilen Sollenssätze ohne entsprechende werthafte Voraussetzungen zu ziehen, die – und das ist der entscheidende Punkt – in offenen Gesellschaften geteilt werden

können oder nicht. Wissenschaftler und Bürger müssen verstehen, was an pandemischen Kontroversen genuin *wissenschaftliche* Fragestellungen sind und was *politische*. Erst dann können Wissenschaften produktiv zu gesellschaftlichen Kontroversen beitragen, andernfalls verschlimmern sie diese (vgl. Sarewitz 2004; de Melo-Martín/Intemann 2018).

Aus dieser Unterscheidung von Zuständigkeiten erwächst in demokratischen Gemeinwesen Experten die ethische Pflicht, ihre Rolle als Fachperson nicht mit ihrer Rolle als Bürger zu vermischen. Dies ist entscheidend, um die demokratische Meinungsbildung – auch unabsehlich – nicht zu manipulieren. Es kann aber auch den Eindruck scheinbar unheilbar zerstrittener Experten korrigieren. Die mediale Berichterstattung zeigt, dass „Corona-Experten“ in mindestens vier Rollen auftreten bzw. konsultiert werden können: (a) als Personen, die zu einer bestimmten Frage selbst geforscht haben und ihre Ergebnisse präsentieren (*genuines Fachurteil*); (b) als Personen, die den Forschungsstand ihres Faches referieren (*derivates Fachurteil*); (c) als Personen, denen man Einschätzungen zutraut (*Expertenmeinung*); (d) als Personen, die kompetente Bürger sind (*politische Meinung*). Je nachdem, in welcher Rolle man sich äußert, ergeben sich unterschiedliche Standards der Prüfung bzw. Kritik: Wenn etwa ein Experte eine Kollegin für eine Aussage der Kategorie (a) kritisiert, dies aber in seiner Rolle (c) tut, dürfte dieser „Konflikt“ nicht als wissenschaftlich gleichwertiger Widerstreit dargestellt werden. Genauso sollte Dissens in Rubrik (c) nicht zu einer wissenschaftlichen Kontroverse stilisiert werden, denn diese gehört in (a) und (b). Dass Experten zu abweichenden Einschätzungen gelangen, wenn sie *glauben*, dies oder jenes könnte der Fall sein oder (nicht) eintreten, sollte Bürger keinesfalls irritieren. Diesen Einschätzungen müssen sie auch nicht vertrauen, denn der Anspruch der Wissenschaft, als vertrauenswürdige Institution zu gelten, gründet in ihrer regelbasierten, für Widerlegungen offenen Wissensproduktion (vgl. Oreskes 2019), nicht in der Verwaltung von „Bauchgefühlen“ oder „Prophetie“. Ebenso wenig sollte Bür-

ger stören, dass auch Experten Bürgerstatus und damit das Recht auf gleiche politische Mitbestimmung haben, solange sie die Position, von der aus sie sprechen, transparent machen. Ein solches „Hütchenspiel“ mit seinen Differenzierungsleistungen klingt anstrengend – und ist es auch. Aber nach einem Jahr Pandemie sehen wir, wohin undeutliche Rekurse auf Expertise führen: zu Autoritätseinbußen gerade der Institution, die wir nötiger haben denn je, – der modernen Wissenschaft.

3. Fazit

In Krisenzeiten fragen Menschen danach, was trägt: Beziehungen, Selbstbilder, Lebensentwürfe und nicht zuletzt Institutionen, deren Entlastungscharakter erst dann wirklich erfahren wird, wenn er nachlässt oder ausfällt. Die Schadfolgen der gegenwärtigen Pandemie werden tagesaktuell quantifiziert: die Toten, die Schwerkranken, die Arbeitslosen, die BIP-Verluste und vieles mehr. Die immateriellen Schäden, die mit diesen vordringlichsten Schäden eng zusammenhängen, sind schwerer zu messen, deshalb aber nicht weniger real. Sie sind auf ihre eigene Weise nachhaltig bedrohlich. Die Kurve eines sich verdichtenden Systemmisstrauens wäre jedenfalls abzuflachen, wenn man das Zeitalter nach der Pandemie nicht ideologischen Krisengewinnlern überlassen möchte, die ihren größten Profit nicht aus der kleinen Gruppe derjenigen ziehen, die „das System“ ohnehin zerstören wollen, sondern aus der wachsenden Zahl derer, die sich fragen, was eigentlich noch trägt.

Literatur:

- Adloff, Frank (2020): Zeit, Angst und (k)ein Ende der Hybris, in: Michael Volkmer/Karin Werner (Hrsg.), *Die Corona-Gesellschaft. Analysen zur Lage und Perspektiven für die Zukunft*, Bielefeldt: transcript, S. 145–153.
- Anders, Günther (1979/2002): *Die Antiquiertheit des Menschen*, Teil 2. München: C.H. Beck.
- Bai, Tongdong (2020): The Pandemic's Challenges to Liberal Democracy: From a Chinese Philosophy Perspective, *Philosophy Today* 64(4), S. 827–832.
- Bollyky, Thomas J./Kickbusch, Ilona (2020): Preparing democracies for pandemics, *British Medical Journal* 371, S. 1–2.
- Brennan, Jason (2017): *Against Democracy*. Princeton: Princeton University Press.
- Brown, Kerry/Wang, Ruby Conjian: (2020): Politics and Science: The Case of China and the Coronavirus, *Asian Affairs* 51(2), S. 247–264.
- Clark, Helen/Johnson Sirleaf, Ellen (2020): *Statement to the 31st Special Session of the United Nations General Assembly in response to the COVID-19 Pandemic*, 3.12.2020. <https://theindependentpanel.org/statement-by-h-e-ellen-johnson-sirleaf-and-the-rt-hon-helen-clark/> (Zugriff am 1.2.2021).
- de Melo-Martín, Immaculada/Intemann, Kristen (2018): *The Fight Against Doubt: How to Bridge the Gap Between Scientists and the Public*. New York: Oxford University Press.
- Deutscher Ethikrat (2020): *Solidarität und Verantwortung in der Corona-Krise. Ad-hoc-Empfehlung*, 27.3.2020. <https://www.ethikrat.org/mitteilungen/2020/solidaritaet-und-verantwortung-in-der-corona-krise/> (Zugriff am 1.2.2021).
- Europäische Kommission (2020): *Communication from the Commission*

to the European Parliament, the European Council and the Council: *A united front to beat COVID-19*, 19.1.2021. https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/communication-united-front-beat-covid-19_en.pdf (Zugriff am 1.2.2021).

Gerhards, Jürgen/Zürn, Michael (2021): China gewinnt im Systemvergleich, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 13.1.2021. https://zeitung.faz.net/faz/geisteswissenschaften/2021-01-13/82286fc0222e2d3659566c0cb6dcfc44/?utm_source=pocket-newtab-global-de-DE (Zugriff am 1.2.2021).

Giordana, Paolo (2020): *In Zeiten der Ansteckung. Wie die Corona-Pandemie unser Leben verändert*. Hamburg: Rowohlt.

Global Preparedness Monitoring Board (2019): *A World at Risk. Annual report on global preparedness for health emergencies*. https://apps.who.int/gpmb/assets/annual_report/GPMB_annualreport_2019.pdf (Zugriff am 1.2.2021).

Hook, Sidney (1949/1966): *Social Myths and Democracy*. New York: Harper & Row.

Horton, Richard (2020): *The COVID-19 Catastrophe. What's Gone Wrong and How to Stop it Happening Again?* Cambridge: Polity Press.

Kelsen, Hans (1932/2006): *Verteidigung der Demokratie. Abhandlungen zur Demokratietheorie*, hrsg. von Matthias Jestaedt und Oliver Lepsius. Tübingen: Mohr Siebeck.

Kyriakides, Stella (2021): *Statement vor dem EU-Parlament*, 19.1.2021. <https://www.europarl.europa.eu/plenary/en/vod.html?mode=chapter&vodLanguage=EN&playerStartTime=20210119-08:31:02&playerEndTime=20210119-10:43:12#> (Zugriff am 1.2.2021).

Lübbe, Hermann (1994): *Abschied vom Superstaat. Vereinigte Staaten von Europa wird es nicht geben*. Berlin: Siedler.

Mandavilli, Apoorva (2020): 239 Experts With One Big Claim: The Coronavirus Is Airborne, *The New York Times*, 4.7.2020. <https://www.nytimes.com/>

2020/07/04/health/239-experts-with-one-big-claim-the-coronavirus-is-airborne.html (Zugriff am 1.2.2021).

Möllers, Christoph (2020): *Freiheitsgrade. Elemente einer liberalen politischen Mechanik*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Mukerji, Nikil/Mannino, Adriano (2020): *Covid-19: Was in der Krise zählt. Über Philosophie in Echtzeit*. Ditzingen: Reclam.

Nichols, Tom (2017): *The Death of Expertise. The Campaign Against Established Knowledge and Why it Matters*. New York: Oxford University Press.

Oreskes, Naomi (2019): *Why Trust Science?* Princeton: Princeton University Press.

Pearse, Harry (2020): Deliberation, Citizen Science and Covid-19, *The Political Quarterly* 91(3), S. 571–577.

Sarewitz, Daniel (2004): How Science Makes Environmental Controversies Worse, *Environmental Science & Policy* 7(5), S. 385–403.

Schorkopf, Frank (2021): Die EU hat einen Machtverlust erlitten, und das bekommt sie jetzt zu spüren, *Der Spiegel*, 29.1.2021. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/corona-impfstoff-knappheit-die-eu-hat-einen-machtverlust-erlitten-und-das-bekommt-sie-jetzt-zu-spue-ren-a-7dc4101c-abb8-4883-b4f6-4acad29b5acb> (Zugriff am 1.2.2021).

Segreto, Rossana/Deigin, Yuri (2021): The genetic structure of SARS-CoV-2 does not rule out a laboratory origin, *BioEssays* 43(3). <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/epdf/10.1002/bies.202000240> (Zugriff am 1.2.2021).

Sinn, Hans-Werner (2021): EU's Covid vaccination debacle is down to institutional inflexibility, *The Guardian*, 19.1.2021. <https://www.theguardian.com/business/2021/jan/19/eus-covid-vaccination-debacle-is-down-to-institutional-inflexibility> (Zugriff am 1.2.2021).

Snowden, Frank M. (2019/2020): *Epidemics and Society. From the Black*

Death to the Present. New Haven: Yale University Press.

The Independent Panel for Pandemic Preparedness and Response (2020): *Second Report on Progress*, 15.1.2020. https://theindependentpanel.org/wp-content/uploads/2021/01/Independent-Panel_Second-Report-on-Progress_Final-15-Jan-2021.pdf (Zugriff am 1.2.2021).

The Washington Post Sunday (2021): We are still missing the origin story of this pandemic. China is sitting on the answers, Opinion by the Editorial Board, 7.2.2021. <http://thewashingtonpost.newspaperdirect.com/epaper/viewer.aspx> (Zugriff am 8.2.2021).

Wang, Keping (2019): *Harmonism as an Alternative*. Singapur: Palgrave Macmillan.

Weber, Max (1904/1988): Die „Objektivität“ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis, in: ders., *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftstheorie*, hrsg. von Johannes Winckelmann, Tübingen: UTB/Mohr Siebeck, S. 146–214.

Zakaria, Freed (2020): *Ten Lessons for a Post-Pandemic World*. New York: W.W. Norton & Company.

Zhao, Tingyang (2005/2020): *Alles unter dem Himmel. Vergangenheit und Zukunft der Weltordnung*. Berlin: Suhrkamp.

